



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

An die Nationalrätinnen und Nationalräte

Bern, 30. April 2021

Sondersession vom 3.-5. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Hinblick auf die Sondersession vom 3. bis 5. Mai 2021 lassen wir Ihnen unsere folgenden Empfehlungen zukommen.

STANDPUNKTE H+ Die Spitäler der Schweiz Sondersession Nationalrat, Mai 2021

20.078 n Versicherungsaufsichtsgesetz. Änderung.

H+ empfiehlt: Eintreten. Artikel 31b streichen (wie die Minderheit Amaudruz).

20.090 n Organspende fördern – Leben retten. Volksinitiative.

H+ empfiehlt: Volksinitiative ablehnen und indirekten Gegenvorschlag unterstützen.

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten»
Art. 2: ablehnen (der Minderheit folgen)

Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen

Art. 8 Abs. 2, 3 und 5: der Mehrheit folgen;

Art. 8a^{bis}: der Mehrheit folgen;

Art. 10: der Mehrheit folgen;

Art. 10a: der Mehrheit folgen;

Art. 10a Abs. 6 und 7: der Minderheit folgen;

Art. 18: der Mehrheit folgen;

Art. 61 Abs. 2 Bst. b: der Minderheit folgen.

Für Fragen oder ergänzende Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Anne-Geneviève Bütikofer
Direktorin

ERLÄUTERUNGEN

20.078 n **Versicherungsaufsichtsgesetz. Änderung.**

Begründung:

Eine Mehrheit der WAK-N beantragte mit Art. 31b die Möglichkeit, dass sich Versicherungsunternehmen im Bereich der Zusatzversicherung zur sozialen Krankenversicherung gegenüber Leistungserbringern gemeinsam verhandeln und Vereinbarungen über die Vergütung von Mehr- und/oder Zusatzleistungen regeln können.

H+ kennt die Motive, die zu diesem Vorschlag geführt haben, nicht. Nach dem Wortlaut dieses Vorschlags wird die Absicht verfolgt, den Zusatzversicherungsbereich dem Wettbewerbsrecht zu entziehen und die Kartellbildung von Versicherungsunternehmen zu ermöglichen.

Dieser Vorschlag ist abzulehnen, weil er die liberale Wirtschaftsordnung im Zusatzversicherungsbereich auflöst und über einen Preiskrieg zu einer Zerstörung des Zusatzversicherungsmarktes führen würde.

Der Zusatzversicherungsmarkt ist zurzeit als dysfunktional zu bezeichnen. H+ anerkennt diese Diagnose und ist gewillt, in einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den involvierten Behörden, allen voran mit der FINMA, auf eine Gesundung dieses Marktes hinzuwirken. Mit einer Kartellisierung dieses Marktes wären alle diese Bemühungen vergeblich, was zu bedauern wäre. Es sei hier daran erinnert, dass die Zusatzversicherung einen erheblichen Beitrag am guten Funktionieren des schweizerischen Gesundheitswesens leistet.

Kurzer geschichtlicher Rückblick

Bis in die 1980er Jahre wurde das Versicherungsgewerbe der Schweiz von Versicherungskartellen dominiert. Danach kam es aufgrund einer Untersuchung der Kartellkommission und von Bundesgerichtsentscheiden zu einer schrittweisen Deregulierung und Entkartellisierung der Versicherungsbranche. Schliesslich wurden 1996 alle Preis- und Konditionsabsprachen aufgehoben. Der darauf folgende Wettbewerb unter den Versichern löste einen Konzentrationsprozess aus, der zu einem beachtlichen Wachstum der Versicherungsbranche in den 1990er Jahren führte¹.

Falls die Versicherungsbranche ernsthaft beabsichtigen sollte, zu den «guten alten Zeiten» der Versicherungskartelle zurückkehren zu wollen, würde H+ diese Entwicklung entschieden ablehnen und nötigenfalls bekämpfen. Für eine Gesundung des privaten Versicherungsmarktes im Gesundheitswesen ist vielmehr Transparenz und fairer Wettbewerb vonnöten.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass die Änderung des VAG die Einführung eines Sanierungsrechtes, einer Kundenkategorisierung und von Verhaltenspflichten für Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler beim Vertrieb von Versicherungsprodukten bezwecken soll. Wettbewerbsrechtliche Änderungen sind hingegen nicht Gegenstand dieser Vorlage. Deshalb konnte bei der Vernehmlassung zu allfälligen wettbewerbsrechtlichen Änderungen nicht Stellung genommen werden. Eine Änderung von der Tragweite von Art. 31b muss aber zwingend Gegenstand einer breiten Vernehmlassung sein. Die Behandlung von Art. 31b im Rahmen der vorgeschlagenen Änderung des VAG verletzt die Einheit der Materie und ist auch aus diesem Grund abzulehnen.

H+ empfiehlt: Eintreten. Artikel 31b streichen (wie die Minderheit Amaudruz).

¹ Vgl. : [BAK Basel. Standortanalyse für das Schweizer Versicherungsgewerbe. Eine Studie im Auftrag des Schweizerischen Versicherungsverbandes. 2013](#); Seite 24.

20.090 n **Organspende fördern – Leben retten. Volksinitiative.**

Begründung:

Der Mangel an Spenderorganen in der Schweiz ist ausgeprägt; vgl. beispielsweise die Statistik über Herztransplantationen im Anhang zu diesem Brief (Seite 4). Massnahmen, die geeignet sind, diesen Mangel zu beheben, sind deshalb zu begrüssen. Allerdings müssen diese Massnahmen anerkannten ethischen Prinzipien genügen. Im Fall der Organspende ist das Recht auf Selbstbestimmung und auf körperliche Unversehrtheit der spendenden Person in jedem Fall zu respektieren. Das Recht auf Selbstbestimmung ist gewahrt, wenn eine Zustimmung des Organspenders vorliegt. Die reine Widerspruchslösung geht von der Annahme aus, dass jeder potentielle Organspender einer Spende grundsätzlich zugestimmt habe, ausser er habe sich ausdrücklich dagegen entschieden. Eine solche Annahme ist nicht vertretbar. Ein fehlender Widerspruch kann auf Nicht-Informiertheit über die Organspenderegeln, auf ein Vergessen, sich in das Register einzutragen, oder auf ein Verdrängen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, zurückzuführen sein. Ein fehlender Widerspruch kann deshalb nicht automatisch mit einer Zustimmung gleichgesetzt werden. Mit einer engen Widerspruchslösung wären Fälle denkbar, bei denen Organspenden erfolgen würden, für die tatsächlich keine Zustimmung vorliegt. Dies wäre aber mit dem Recht auf Selbstbestimmung nicht vereinbar. Deshalb ist die enge Widerspruchslösung abzulehnen.

Nach einer verbreiteten Auffassung kann das Selbstbestimmungsrecht gewahrt bleiben, wenn der mutmassliche Wille der verstorbenen Person eruiert werden kann. Die vom Bundesrat vorgeschlagene sogenannte «erweiterte Widerspruchslösung» trägt diesem Umstand Rechnung, indem die Angehörigen bei der Entscheidung einzubeziehen sind. Der Einbezug der nächsten Angehörigen ist eine Absicherung, den mutmasslichen Willen der Person zu respektieren. Die Angehörigen müssen sich bei einer Zustimmung oder einem Widerspruch stets auf den mutmasslichen Willen der Person abstützen.

H+ kann sich diesen Überlegungen anschliessen und unterstützt den indirekten Gegenvorschlag.

H+ empfiehlt: Volksinitiative ablehnen und indirekten Gegenvorschlag unterstützen.

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten»

Art. 2: ablehnen (der Minderheit folgen)

Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen

Art. 8 Abs. 2, 3 und 5: der Mehrheit folgen;

Art. 8a^{bis}: der Mehrheit folgen;

Art. 10: der Mehrheit folgen;

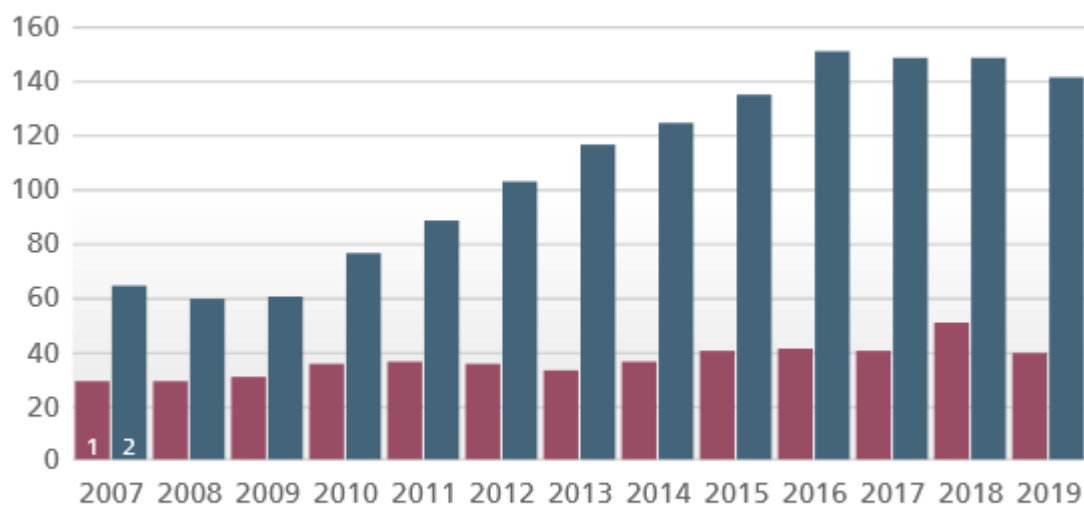
Art. 10a: der Mehrheit folgen;

Art. 10a Abs. 6 und 7: der Minderheit folgen;

Art. 18: der Mehrheit folgen;

Art. 61 Abs. 2 Bst. b: der Minderheit folgen.

Herztransplantationen und Personen auf der Herz-Warteliste, 2007-2019



1 Anzahl Herztransplantationen

2 Anzahl Personen auf der Herz-Warteliste (ganzes Jahr)

Quelle: Bundesamt für Gesundheit BAG von <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/zahlen-und-statistiken/zahlen-fakten-zu-transplantationsmedizin/zahlen-fakten-zur-spende-und-transplantation-von-organen.html#-1057919152>